

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Br-30-245/21

Aktenzeichen:

Amt: Bauen

Datum: 07.09.2021

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

☒

Betreff: 5. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Brück – Abwägungsbeschluss zum Vorentwurf

Kurzinfo zum Beschluss**Finanzielle Auswirkungen: Nein**

Gesamtkosten:

€

Jährliche Folgekosten:

€

Finanzierung
Eigenanteil:

€

Objektbezogene
Einnahmen:

€

Haushaltsbelastung:

€

Veranschlagung:

Nein

mit

€

Produktkonto:

FinanzH:

ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:_____
Unterschrift Kämmerer**geprüft und bestätigt:**_____
Amtsleiter_____
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
AISrE	1	23.09.2021					
SVV	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
Unterschrift / Datum:_____
Vorsitzender der SVV

Beschluss-Nr.: Br-30-245/21

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brück beschließt die anliegende Abwägungstabelle mit den eingegangenen Stellungnahmen zum Vorentwurf der 5. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Brück.

Stellungnahmen aus der TÖB-Beteiligung und der öffentlichen Auslegung

Nr.	Abwägungsvorschlag	Ja / Nein / Enthaltung
1.01	Wird berücksichtigt	
1.02	Keine Abwägungsentscheidung erforderlich	
1.03	Wird berücksichtigt	
2.01	Wird berücksichtigt	
3.01	Keine Abwägungsentscheidung erforderlich	
3.02	Wird berücksichtigt	
4-11	*	
12.01	Wird berücksichtigt	
13-31	*	

*Dem Vorhaben wurde zugestimmt bzw. keine Bedenken und Anregungen geäußert bzw. keine Stellungnahme abgegeben.

Unterschrift / Datum:

<div style="text-align: right;"> <hr style="width: 200px; margin: 0 auto;"/> Vorsitzender der SVV </div>
--

Begründung

Die öffentliche Auslegung erfolgte vom 22. Februar bis einschließlich 26. März 2021. Mit Schreiben vom 23.02.2021 und 29.03.2021 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und die Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB unter Fristsetzung bis zum 26.03.2021 bzw. 20.04.2021 zur Abgabe einer Stellungnahme zum Vorentwurf des Flächennutzungsplans aufgefordert. Die eingegangenen Stellungnahmen, Hinweise und Anregungen wurden untereinander und gegeneinander abgewogen. Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sind während des Auslegungszeitraumes nicht eingegangen.

